

Steuerrecht

begründet von

fortgeführt von

Prof. Dr. Klaus Tipke

Universitätsprofessor (cm.)
in Köln

Prof. Dr. Joachim Lang

Direktor des Instituts für Steuerrecht
der Universität zu Köln

und

Prof. Dr. Roman Seer

Ruhr-Universität Bochum

Prof. Dr. Wolfram Reiß

Universität Erlangen-Nürnberg

Dipl.-Kfm. Heinrich Montag

Generalbevollmächtigter
und Bereich steuerlicher Steuern der E.ON AG

Prof. Dr. Johanna Hey

Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

18. völlig überarbeitete Auflage

2005

öüS

Verlag

Dr. Otto Schmidt
Köln

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort zur 18. Auflage	VII
Aus dem Vorwort zur 12. Auflage.	VIII
Inhaltsübersicht	XI
Abkürzungsverzeichnis	XLIII

Erstes Kapitel: Grundlagen der Steuerrechtsordnung

§ 1 Einführung

1. Über die Bedeutung der Steuern und des Steuerrechts in der Rechts- und Wirtschaftsordnung	1
2. Steuerrecht als Teil der Rechtsordnung	3
2.1 Steuerrecht als öffentliches Finanzrecht, selbständiger Zweig des Verwaltungsrechts und öffentliches Schuldrecht	3
2.2 Verhältnis des Steuerrechts zu anderen Rechtsgebieten	5
2.2.1 Steuerrecht und Zivilrecht	6
2.2.2 Steuerrecht und Sozialrecht	8
2.3 Steuerrecht und „Einheit der Rechtsordnung“.	10
3. Steuern als Gegenstand von Forschung und Lehre	11
3.1 Steuerwissenschaftliche Disziplinen	11
3.2 Steuerrechtliche Bibliographie	17

§ 2 Überblick über die Gebiete und Gesetze der Steuerrechtsordnung

1. Überblick über den Lehrstoff des Steuerrechts.	21
2. Gebiete und Gesetze des allgemeinen Steuerrechts	22
2.1 Die Abgabenordnung als Teilkodifikation (Mantelgesetz) des Steuerrechts	22
2.2 Allgemeines Steuerschuldrecht	24
2.3 Steuerverfahrensrecht	25
3. Gebiete und Gesetze des besonderen Steuerrechts.	27
3.1 Besonderes Steuerschuldrecht und Sondergebiete des Steuerrechts	27
3.2 Internationales Steuerrecht	28
3.3 Europäisches Steuerrecht	34

§ 3 Finanzverfassungsrechtliche Grundlagen der Steuerrechtsordnung

1. Einführung	41
2. Der Steuerbegriff; Abgrenzung von anderen Abgaben	45
2.1 Verfassungsrechtlicher Inhalt und Bedeutung des Steuerbegriffs.	45
2.2 Die Merkmale des Steuerbegriffs in § 3 I AO.	47
2.3 Gebühren	48
2.4 Beiträge	49
2.5 Sonderabgaben.	50
3. Die Steuergesetzgebungshoheit (Art. 105 GG).	52
4. Die Steuerertragshoheit (Art. 106; 107 GG).	57
5. Die Steuerverwaltungshoheit (Art. 108 GG).	62

§ 4 Rechtsstaatliche Ordnung des Steuerrechts

	Seite
A. System des Steuerrechts.	64
1. Problemstellung: Rechtsstaatliche Systemhaftigkeit oder Chaos der Besteuerung?	64
2. Das äußere System.	65
3. Das inhaltliche oder innere System.	66
3.1 Prinzipien als Träger des inhaltlichen oder inneren Systems.	67
3.2 Die steuergesetzlichen Normgruppen im System.	69
3.2.1 Drei Normgruppen	69
3.2.2 Relevanz der richtigen Einordnung	71
4. Die Funktion des Systemgedankens.	71
B. Rechtsstaatlichkeit des Steuerrechts.	72
1. Formale und materielle Rechtsstaatlichkeit.	73
2. Verwirklichung formaler Rechtsstaatlichkeit im Steuerrecht.	74
3. Verwirklichung materieller Rechtsstaatlichkeit im Steuerrecht.	74
3.1 Steuergerechtigkeit und Rechtfertigung von Steuern.	74
3.2 Konkretisierung materieller Rechtsstaatlichkeit in systemtragenden Prinzipien des Steuerrechts.	76
C. Die systemtragenden Prinzipien rechtsstaatlichen Steuerrechts	77
1. Gleichmäßigkeit der Besteuerung.	77
1.1 Bedeutung und Inhalt des allgemeinen Gleichheitssatzes (Art. 3 I GG) im Steuerrecht	77
1.2 Das Leistungsfähigkeitsprinzip als allgemein anerkanntes Fundamentprinzip gerechter Besteuerung.	82
1.2.1 Das Leistungsfähigkeitsprinzip als systemtragender Vergleichsmaßstab für Fiskalzwecknormen.	82
1.2.2 Konkretisierungen des Leistungsfähigkeitsprinzips.	86
1.2.2.1 Zuordnungssubjekte steuerlicher Leistungsfähigkeit	86
1.2.2.2 Konkretisierung des Leistungsfähigkeitsprinzips im Vielstufen- system durch Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Konsum	87
1.3 Rechtfertigung von Sozialzwecknormen.	99
1.4 Rechtfertigung von Vereinfachungszwecknormen.	100
2. Gesetzmäßigkeit der Besteuerung.	102
2.1 Bedeutung und Herkunft des steuerrechtlichen Legalitätsprinzips.	102
2.2 Rechtsgrundlagen des steuerrechtlichen Legalitätsprinzips.	103
2.3 Inhalt und Grenzen des steuerrechtlichen Legalitätsprinzips.	104
2.4 Gesetzmäßigkeit des Verwaltungshandelns.	105
2.5 Rechtssicherheit durch Gesetzesbestimmtheit.	107
2.6 Rechtssicherheit durch Vertrauensschutz.	108
2.6.1 Prinzipielles Verbot rückwirkender Steuergrundsätze.	108
2.6.2 Aufhebung oder Änderung von Steuergesetzen.	112
2.6.3 Rückwirkende Gesetzsanwendung.	115
3. Sozialstaatlich gerechte Besteuerung.	116
4. Verfassungsrechtliche Schranken der Besteuerung.	117
4.1 Beschränkung der Besteuerung durch den Schutz der Menschenwürde und des allgemeinen Persönlichkeitsrechts.	117

	Seite
4.1.1 Bedeutung der Art. 1; 2; 4 GG für das Steuerrecht	.117
4J.2 Schutz des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung durch das Steuer- geheimnis	.119
4.2 Beschränkung der Besteuerung durch das Übermaßverbot	.121
4.2.1 Rechtsstaatlicher und grundrechtlicher Inhalt des Übermaßverbots	.121
4.2.2 Das Verbot der Erdrosselungssteuer	.122
4.3 Das Prinzip eigentumsschonender Besteuerung	.123
5. Besteuerung der Familie.	.126
 § 5 Rechtsanwendung im Steuerrecht	
A. Rechtsnormen des Steuerrechts	.131
1. Förmliche Gesetze.	.131
2. Rechtsverordnungen.	.132
3. Autonome Satzungen.	.133
4. Gewohnheitsrecht	.134
5. Völkerrecht und Europarecht	.134
6. Keine Rechtsnormen	.135
6.1 Verwal tun gs Vorschriften.....	.135
6.2 Entscheidungen der Steuergerichte.	.138
B. Methoden der Rechtsanwendung	.139
1. Anwendung des Gesetzes nach seinem Zweck (ideologische Gesetzesinterpretation) .	.140
2. Verbale Gesetzesauslegung (Subsumtion, Wortsinn und Rechtsbegriffe).	.141
3. Ausfüllung von Gesetzeslücken durch Argumente der juristischen Logik	.144
4. Historische Methode zur Ermittlung des Gesetzeszwecks	.147
5. Systematische Methode zur Ermittlung des Gesetzeszwecks.	.148
6. Verfassungskonforme Gesetzesinterpretation.	.148
7. Richtlinienkonforme Gesetzesinterpretation.	.149
8. Wirtschaftliche Interpretation der Steuergesetze (wirtschaftliche Betrachtungsweise) .	.149
C. Steuergesetzliche Vorschriften zur wirtschaftlichen Betrachtungs- weise	.151
1. Wirtschaftliche Betrachtungsweise bei Divergenz zwischen wirtschaftlichem Verhal- ten und juristischem Zustand (§ 41 AO).	.151
1.2 Ergänzende Ableitungen.	.153
2. Wirtschaftliche Betrachtungsweise bei gesetzwidrigem oder sittenwidrigem Verhalten	.153
3. Wirtschaftliche Betrachtungsweise bei Gestaltungsmissbrauch (§42 AO)	.154
3.1 Zweck und Anwendungsbereich des § 42 AO.	.155
3.2 Tatbestand des Gestaltungsmissbrauchs.	.157
3.3 Rechtsfolge.	.158
4. Wirtschaftliche Zurechnung statt Maßgeblichkeit der zivilrechtlichen Berechtigung (§39 AO).	.158
D. Ermessensausübung (§5 AO).	.160

Zweites Kapitel: Das Steuerrechtsverhältnis

§ 6 Grundbegriffe des Steuerrechtsverhältnisses

	Seite
1. Inhalt des Steuerrechtsverhältnisses	163
2. Beteiligte des Steuerrechtsverhältnisses	163
3. Die Steuerrechtsfähigkeit	164

§ 7 Allgemeines Steuerschuldrecht

1. Inhalt des Steuerschuldverhältnisses	166
2. Entstehung von Ansprüchen aus dem Steuerschuldverhältnis	166
3. Gläubiger- und Schuldnerwechsel, Verpfändung, Pfändung	166
3.1 Vorgänge kraft Gesetzes	166
3.2 Vorgänge kraft Rechtsgeschäft, Pfändung	167
4. Erlöschen	168
5. Steueranspruch und Steuerschuld	168
5.1 Steuergläubiger und Steuerschuldner	168
5.2 Entstehung des Steueranspruchs	169
5.3 Der Entstehungstatbestand des Steueranspruchs (Steuertatbestand)	170
5.3.1 Das Subjekt	171
5.3.2 Das Objekt	172
5.3.3 Die Zurechnung	173
5.3.4 Die abstrakten Merkmale des inländischen Steuerschuldverhältnisses	173
5.3.5 Die Steuerbemessungsgrundlage	174
5.3.6 Der Steuersatz	174
5.3.7 Die Steuervergünstigungen	175
5.4 Konkurrenz der Tatbestände oder Steueransprüche	176
6. Die Gesamtschuldnerschaft	177
7. Der Haftungsanspruch	177
7.1 Allgemeines	178
7.2 Haftungstatbestand	178
7.3 Haftungsumfang	181
7.4 Akzessorietät der Haftung	181
7.5 Legalitätsprinzip oder Opportunitätsprinzip	182
7.6 Subsidiarität der Haftung	182
8. Der Steuervergütungsanspruch	182
9. Der Steuererstattungsanspruch	183

§ 8 Einführung in das besondere Steuerschuldrecht

1. Grundsätze der Gestaltung von Steuerarten	185
2. Steueraufkommen, Steuerquote und Steuerarten in Deutschland	190
3. Steuern auf das Einkommen und Vermögen	193
3.1 Steuern auf das Erwerbseinkommen	193
3.2 Besteuerung des Vermögenstransfers durch die Erbschaft- und Schenkungsteuer	197
3.3 Besteuerung des Vermögensbestandes durch Substanzsteuern	198
3.4 Reform der Besteuerung von Einkommen	199
4. Steuern auf die Verwendung von Einkommen und Vermögen	205
5. Besondere Sozialzwecksteuern	207

5.1 Zölle und Abschöpfungen	207
5.2 Umweltsteuern	208

Drittes Kapitel: Die einzelnen Steuerarten

§ 9 Einkommensteuer

A. Allgemeine Charakterisierung	215
B. Steuerpflicht	219
1. Natürliche Personen als Steuersubjekte	219
2. Internationale Abgrenzung der Steuerpflicht durch die unbeschränkte und beschränkte Steuerpflicht	220
C. Objekt und Bemessungsgrundlage der Einkommensteuer	223
1. Grundelemente des § 2 EStG	223
1.1 Bedeutung des § 2 EStG für den Einkommensteuertatbestand	223
1.2 Disponibles Einkommen als Maßstab objektiver und subjektiver Leistungsfähigkeit	224
1.3 Periodizität der Einkommensteuer und Jahressteuerprinzip (§ 2 VII EStG)	225
(4 Periodischer Entstehungszeitpunkt der Einkommensteuer	226
2. Das Einkommensteuerobjekt: Summe der Einkünfte (§ 2 I-III EStG)	226
2.1 Zur rechtlichen Bestimmung des Steuerguts „Einkommen“	226
2.1.1 Das Einkommen als zentraler Begriff des öffentlichen Schuldrechts	226
2.1.2 Reinvermögenszugangs-, Quellen- und Markteinkommenstheorie	227
2.1.3 Pragmatische Legaldefinition des Einkommens durch den Einkünftecatalog	228
2.2 Bestimmung der Einkünfte nach dem objektiven Nettoprinzip	228
2.3 Ermittlung der Einkünfte nach dem Nominalwertprinzip	229
2.4 Zeitliche Zuordnung der Einkünfte	230
2.5 Verluste	231
2.5.1 Verlustausgleich und Verlustabzug (Verlustrücktrag/-vortrag)	231
2.5.2 Beschränkungen des Verlustausgleichs und Verlustabzugs	233
3. Die Bemessungsgrundlage der Einkommensteuer: Das zu versteuernde Einkommen i. S. d. § 2 V EStG	236
3.1 Private Abzüge i. S. d. § 2 IV, V EStG	236
3.1.1 Berücksichtigung unvermeidbarer Privataufwendungen nach dem subjektiven Nettoprinzip	236
3.1.2 Berücksichtigung des existenznotwendigen Lebensbedarfs	240
3.1.3 Berücksichtigung von Unterhaltsleistungen; Reform der Familienbesteuerung	242
3.2 Tatbestandstechnischer Aufbau des zu versteuernden Einkommens	249
D. Bestimmung steuerpflichtiger Einkünfte	250
1. Einführung	250
2. Steuerbare Einkünfte	250

	Seite
3. Steuerfreie Einkünfte	256
3.1 Objektive Befreiungen	256
3.2 Freibeträge/Freigrenzen	259
 E. Die persönliche Zurechnung von Einkünften	 260
1. Allgemeine Zurechnungsregeln	260
2. Konkretisierung der Zurechnungsregeln bei einzelnen Einkunftsarten	262
3. Zurechnung von Einkünften unter Familienangehörigen	265
4. Zurechnung von Einkünften im Erbfall	267
 F. Ermittlung der Einkünfte	 268
I. Unterschiedliche Ermittlung der Einkünfte	268
1. Einführung	268
2. Der Dualismus der Einkünfteermittlung	269
II. System der Einkünfteermittlung	271
1. Typen der Einkünfteermittlung	271
1.1 Ermittlung der Einkünfte durch Bilanzierung	271
1.2 Überschußrechnungen nach dem Zufluß- und dem Abflußprinzip (§§ 4 III; 8 ff.; 11 EStG)	272
1.3 Ergänzende Ermittlung von Veräußerungseinkünften (§§ 16; 17; 23 EStG)	273
1.4 Privilegierente Einkünfteermittlungen	275
1.5 Personelle Zuordnung der Gewinnermittlungsarten	276
1.6 Schätzung	277
2. Grundbegriffe der Einkünfteermittlung	277
2.1 Das terminologische System der Erwerbsbezüge und Erwerbsaufwendungen	277
2.1.1 Die Abgrenzung der Erwerbsphäre zur Privatsphäre	278
2.1.2 Die persönliche Zurechnung von Erwerbsbezügen, Erwerbsaufwendungen und von sog. Drittaufwand	283
2.1.3 Die zeitliche Zuordnung von Erwerbsbezügen und Erwerbsaufwendungen	285
2.1.4 Zusammenfassung	285
2.2 Abgrenzung der Betriebsausgaben/Werbungskosten zu den Privatausgaben	286
2.2.1 Inhaltsgleiche Interpretation des Betriebsausgaben- und des Werbungskostenbegriffs nach dem Veranlassungsprinzip	287
2.2.2 Gemischt veranlagte Aufwendungen	291
2.2.2.1 Bedeutung des § 12 EStG	291
2.2.2.2 Zur Bestimmung wesentlicher Veranlassung durch Erwerbshandlungen und/oder Privathandlungen	292
2.3 Praktisch besonders bedeutsame Erwerbsaufwendungen	294
2.4 Nieabzichbare Erwerbsaufwendungen	306
2.4.1 Allgemeine Regeln	306
2.4.2 Besondere Regeln für privat mkveranlaßte Erwerbsaufwendungen	307
2.4.3 Besondere Regeln zum Schutz der Gesamtrechtsordnung	308
2.5 Pauschalierung von Erwerbsaufwendungen	310
 III. Ermittlung der Überschüsseinkünfte (§§ 8-9a EStG)	 311

	Seite
G. Die einzelnen Einkunftsarten	316
I. Einführung in das Einkunftsartenrecht	316
II. Gewinneinkünfte (§ 2 II Nr. 1 EStG)	318
1. Einkünfte aus Land-und Forstwirtschaft (§§2 I Nr. 1; 13-14a EStG).	318
1.1 Bestimmung und Privilegierung der Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft	318
1.2 Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen (§ 13a EStG).	320
2. Einkünfte aus Gewerbebetrieb (§§2 I Nr. 2; 15-16 EStG).	321
2.1 Allgemeine Begriffsbestimmung	321
2.2 Überblick über die Arten der gewerblichen Einkünfte.	323
3. Einkünfte aus selbständiger Arbeit (§§2 I Nr. 3; 18 EStG).	324
III. Überschusseinkünfte (§ 2 II Nr. 2 EStG)	327
1. Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit (§§ 2 I Nr. 4; 19; 19a EStG).	327
2. Einkünfte aus Privatvermögen	333
2.1 Quelleneinkünfte aus Privatvermögen	334
2.1.1 Einkünfte aus der Überlassung von Vermögen zur Nutzung (§§ 20; 21 EStG).	334
2.1.1.1 Einkünfte aus Kapitalvermögen (§§ 2 I Nr. 5; 20 EStG).	334
2.1.1.2 Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung (§§ 2 I Nr. 6; 21 EStG)	337
2.1.2 Sonstige Quelleneinkünfte (§ 22 Nr. 1, la, 3, 4 EStG).	341
2.1.2.1 Überblick	341
2.1.2.2 Wiederkehrende Bezüge (§22 Nr. I, la EStG).	341
2.1.2.3 Abgeordnetenbezüge (§ 22 Nr. 4 EStG).	345
2.1.2.4 Einkünfte aus sonstigen Leistungen (§ 22 Nr. 3 EStG).	346
2.2 Einkünfte aus der Veräußerung von Privatvermögen	347
2.2.1 Einkünfte aus der Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften (§ 17 EStG).	348
2.2.2 Einkünfte aus privaten Veräußerungsgeschäften (§§ 22 Nr. 2; 23 EStG)	349
2.2.3 Zur gleichmäßigen Besteuerung von Veräußerungseinkünften.	351
3. Unterschiedliche Besteuerung der Alterseinkünfte.	353
IV. Gemeinsame Vorschriften zu allen Einkunftsarten	357
V. Konkurrenzen mehrerer Einkunftsarten	358
H. Private Abzüge	359
1. Allgemeines zu den privaten Abzügen.	359
2. Abzugsfähigkeit sog. Sonderausgaben.	360
3. Außergewöhnliche Belastungen (§§ 33; 33a; 33b; 33c EStG).	363
4. Unterhaltsabzüge.	366
4.1 Allgemeiner Unterhaltsabzug (§ 33a 1 EStG).	366
4.2 Unterhalt für Kinder.	368
4.2.1 Allgemeine Voraussetzungen (§ 32 I-V EStG).	368
4.2.2 Familienleistungsausgleich (§31;32 VI EStG).	369
4.2.3 Zusätzliche Abzüge für den Kindesunterhalt	370

	Seite
J. Einkommensteuertarif	371
1. Der linear-progressive Tarif	372
2. Steuerermäßigungen	375
2.1 Steuerermäßigungen für außerordentliche Einkünfte (§§ 34; 34b EStG).	375
2.2 Steuerermäßigungen bei Auslandseinkünften (§§ 34c; 34d; 50 VII EStG)	376
2.3 Steuerermäßigung bei Einkünften aus Gewerbebetrieb (§ 35 EStG).	377
2.4 Sonstige subventionelle Steuerermäßigungen	377
3. Zur Ehegattenbesteuercung	377
K. Zum Verfahren	379
§ 10 Kirchensteuer	381
§ 11 Körperschaftsteuer	
A. Allgemeine Charakterisierung	387
I. Dualismus der Unternehmensbesteuerung durch Nebeneinander von Tren- nungs- und Transparenzprinzip.	387
II. Körperschaftsteuersystem	388
III. Frühere Körperschaftsteuersysteme in Deutschland	389
IV. Das ab 2001 geltende Halbeinkünfteverfahren	390
1. Grundstruktur des FTalbeinkünfteverfahrens.	391
2. Gründe für den Systemwechsel	392
3. Belastungswirkung beim Anteilseigner.	393
B. Subjektive Steuerpflicht	395
1. Körperschaftsteuersubjekte i. S. v. §§ 1 I Nr. 1-6; 3 KStG.	395
2. Beginn und Ende der Körperschaftsteuerpflicht	396
3. Juristische Personen des Öffentlichen Rechts (Öffentliche Unternehmen).	397
4. Unbeschränkte und beschränkte Körperschaftsteuerpflicht	399
5. Subjektive Steuerbefreiungen.	400
C. Steuerobjekt	401
1. Einkommen als Steuerobjekt, zu versteuerndes Einkommen als Bemessungs- grundlage	401
II. Befreiungen, insb. Steuerfreiheit von Beteiligungserträgen (§ 8b KStG).	402
III. Ermittlung des Einkommens	403
I. Allgemeines.	403
2. Spezielle körperschaftsteuerrechtliche Vorschriften zur Einkommensermittlung	403
3. Verdeckte Gewinnausschüttungen und verdeckte Einlagen.	406
3.1 Verdeckte Gewinnausschüttungen.	406

	Seite
3.1.1 Voraussetzungen der verdeckten Gewinnausschüttung	407
3.1.2 Rechtsfolgen der verdeckten Gewinnausschüttung	413
3.1.3 Gcsellschafterfrcmdfinanzierung, § 8a KStG.	414
3.2 Verdeckte Einlagen	417
4. Besondere Vorschriften über den Abzug von Ausgaben.	418
5. Besondere Fälle der Gewinnrealisierung und ihres Aufschubs.	420
5.1 Liquidation, § 11 KStG.	420
5.2 Sitzverlegung, § 12 KStG.	420
5.3 Eintritt in eine subjektive Steuerbefreiung, § 13 KStG.	421
D. Tarif	421

§ 12 Gewerbesteuer

1. Einführung.	423
2. Steuerobjekt	425
2.1 Stehender Gewerbebetrieb.	426
2.2 Reisegewerbebetrieb.	428
2.3 Mehrheit von Gewerbebetrieben	429
2.4 Beginn und Ende der Besteuerung.	429
3. Steuersubjekte.	430
4. Bemessungsgrundlage.	430
4.1 Bemessungszeitraum.	431
4.2 Gewerbeertrag (§ 7 GcwStG).	431
4.2.1 Allgemeine Modifikationen.	432
4.2.2 Hinzurechnungen (§ 8 GewStG).	433
4.2.3 Kürzungen (§ 9 GewStG).	437
4.3 Verlustabzug nach § 10a GewStG.	438
4.4 Steuermaßbetrag (§11 GewStG).	439
4.4.1 Freibeträge	440
4.4.2 Steuermaßzahlen.	440
4.4.3 Verfahren.	440
5. Zerlegung des einheitlichen Steuermaßbetrages.	440
6. Entstehung, Festsetzung und Erhebung	441
6.1 Entstehung der Steuerschuld.	441
6.2 Festsetzung der Gewerbesteuer.	441
6.3 Vorauszahlungen und Abrechnung	441
7. Steuererklärungen.	441

§ 13 Bewertungsgesetzabhängige Steuerarten

A. Bewertung nach dem Bewertungsgesetz	442
1. Rechtsentwicklung und Zweck des BewG.	442
1.1 Bisherige Tdee der Einheitsbewertung.	442
1.2 Einheitswertbeschlüsse des BVerfG und Scheitern der Einheitsbewertung	443
1.3 Verbleibende Funktion des BewG als Mantelgesetz.	444
1.4 Spannungsverhältnis Verkehrswert/Ertragswert	445
2. Residuale Geltung sog. Einheitswerte für die Grundsteuer.	446

	Seite
2.1 Bcwertungs verfahren.....	446
2.2 Einheitswert land-und forstwirtschaftlicher Betriebe (§§ 19 I, 33-67 BewG) . .	447
2.3 Einheitswert von Grundstücken (§§19 1,68-94, 99 BewG).	447
2.4 Besonderheiten in den neuen Bundesländern	450
3. Gesonderte Bedarfsbewertung des Grundbesitzes für Zwecke der Erbschaft- und Schenkungsteuer/Grunderwerbsteuercr (§§ 138-150 BewG).	450
3.1 Grundgedanke der Bedarfsbewertung, Bewertungsverfahren	451
3.2 Bewertung des Grundvermögens und der Betnebsgrundstücke (§§ 145-150, 99 BewG).	452
3.2.1 Unbebaute Grundstücke (§ 145 BewG).	452
3.2.2 Vcrmietungsfähige bebaute Grundstücke (§ 146 BewG).	453
3.2.3 Nicht vermietungsfähige bebaute Grundstücke (§ 147 BewG).	454
3.3 Bewertung land- und forstwirtschaftlichen Vermögens (§§ 140-144 BewG) . . .	456
3.4 Reformbedarf	456
4. Bewertung für Zwecke der Erbschaft- und Schenkungsteuer im Rahmen der eigentlichen Steuerfestsetzung	457
4.1 Bewertung des Betriebsvermögens (§§ 95-109 BewG).	457
4.1.1 Ansatz und Zurechnung des Betriebsvermögens	457
4.1.2 Grundsatz der Übernahme von Steuerbiianzwerten.	458
4.2 Bewertung sonstigen Vermögens.	460
4.2.1 Geldvermögen, Wertpapiere, Kapitalforderungen, Schulden u. ä	460
4.2.2 Anteile an mehntnotierten Kapitalgesellschaften	461
4.3 Konglomerat der Bewertungsmaßstäbe.	461
 B. Erbschaft- und Schenkungsteuer.	 462
1. Einführung	462
1.1 Reform der Erbschaft- und Schenkungsteuer durch das Jahressteuergesetz (JStG) 1997.	462
1.2 Rechtfertigung und Charakter der Erbschaft- und Schenkungsteuer.	463
2. Steueroobjekt	465
2.1 Erwerb von Todes wegen (§§ 1 1 Nr. 1; 3 ErbStG).	465
2.1.1 Erwerb durch Erbanfall (§3 I Nr. 1,3 ErbStG).	465
2.1.2 Erwerb aufgrund von Vermächtnis oder Pflichtteil	466
2.1.3 Erwerb durch Schenkung auf den Todesfall (§3 1 Nr. 2 ErbStG).	467
2.1.4 Erwerb durch Vertrag zugunsten Dritter auf den Todesfall (§3 1 Nr. 4 ErbStG).	467
2.1.5 Erweiterung um Ergänzungs-und Ersatztatbestände (§3 II ErbStG) . . .	468
2.2 Schenkung unter Lebenden (§§ 1 I Nr. 2; 7 ErbStG).	468
2.2.1 Grundtatbestand der freigebigen Zuwendung unter Lebenden (§ 7 I Nr. 1 ErbStG).	469
2.2.2 Gemischte Schenkung/Schenkungen unter Auflage	469
2.2.3 Mittelbare Schenkung	470
2.2.4 Erweiterung um Ergänzungs- und Ersatztatbestände (§7 1 Nr. 2-10, V-VII ErbStG).	471
2.3 Zweckzuwendung (§§ 1 I Nr. 3; 8 ErbStG).	472
2.4 Ersatzerbschaftsteuer bei Familienstiftungen und -vereinen (§ 1 I Nr. 4 ErbStG) .	472
3. Subjektive Steuerpflicht	473
3.1 Steuersubjekte	473
3.1.1 Kreis der Steuerschuldner (§ 20 I ErbStG).	473
3.1.2 Steuersubjektivität von Gesellschaften	474

	Seite
3.2 Steuerschuldnerschaft und spezielle Haftungstatbestände	474
3.3 Internationale Abgrenzung der Steuerpflicht/Gemeinschafts recht	475
4. Steuerbefreiungen	477
4.1 Persönliche Freibeträge (§ 16 i.V. m. §15 ErbStG).	477
4.2 Besonderer Versorgungsfreibetrag (§ 17 ErbStG)	479
4.3 Sachliche Steuerbefreiungen	479
4.3.1 Freibetrag und Bewertungsabschlag für Betriebsvermögen (§ 13a ErbStG)	479
4.3.2 Ehebedingte (unbenannte) Zuwendung unter Ehegatten (§13 1 Nr. 4a ErbStG)	482
4.3.3 Sonstige sachliche Steuerbefreiungen	483
5. Steuerbemessungsgrundlage	483
6. Entstehung der Steuer, Bewertungsstichtag	485
7. Tarif	486
8. Besonderheiten des Verfahrens	489
8.1 Anzeigepflichten	489
8.2 Steuererklärungspflichten	490
8.3 Kontrollmitteilungen	491
C. Grundsteuer	492
1. Einführung	492
1.1 Charakter der Steuer	492
1.2 Rechtfertigung der Steuer	493
2. Steuerobjekt (§ 2 GrStG).	494
3. Steuerbefreiungen (§§ 3-8 GrStG).	494
4. Steuersubjekt (§ 10 GrStG), Haftung	495
5. Steuermaßbetrag (§ 13 GrStG).	496
5.1 Bemessungsgrundlage	496
5.2 Steuermaßzahl	497
6. Hebesatzrecht der Gemeinden	498
7. Periodizität, Besteuerungsverfahren	498
8. Besondere Billigkeitsmaßnahmen (§§ 32-34 GrStG).	499
9. Sondervorschriften für das Beitrittsgebiet	500

§ 14 Umsatzsteuer

A. Charakterisierung und Rechtsgrundlagen der Umsatzsteuer	501
1. Die Umsatzsteuer als Verbrauchsteuer	501
2. Die Umsatzsteuer als „Mehrwertsteuer“ mit Vorsteuerabzug	503
3. Verhältnis des nationalen Umsatzsteuerrechts zum Gemeinschafts recht	506
B. Steuerobjekt	511
1. Entgeltliche Leistungen von Unternehmern im Inland (§ 1 I Nr. 1 UStG).	511
1.1 Leistungen (Lieferungen und sonstige Leistungen).	511
1.1.1 Lieferungen	513
1.1.1.1 Begriff, Grundformen	513

	Seite
1.1.1.2 Sonderrcgeln	514
1.1.1.3 Rücklieferung und Rückgabe	516
1.1.2 Sonstige Leistungen	517
1.1.3 Regeln für gemischte Leistungen	518
1.1.4 Sonderbestimmungen über den Leistungsgegenstand kraft wirtschaftlicher Betrachtungsweise	519
12 Entgeltliche Leistung, Leistungsaustausch, Tausch	520
12.1 Grundsätzliches zum Leistungsaustausch	520
12.2 Tauschumsätze	522
12.3 Einzelfälle zum Leistungsaustausch	523
12.3.1 Erbschaft/Erbaueinandersetzung/vorwcggcnommcnc Erbfolge	523
12.3.2 Schadensersatz und Vertragsstrafe	524
12.3.3 Mitgliedsbeiträge an Vereine	525
12.3.4 Gcsellsehafterbciträgc	526
12.3.5 Zuschüsse	529
13 Leistungen von Unternehmern im Rahmen des Unternehmens	529
14 Ort der Leistung, insb. Leistungen im Inland oder Ausland	530
14.1 Inland/Ausland/Gemeinschaftsgebiet/Drittland	530
14.2 Ort der Lieferung	531
14.3 Ort der sonstigen Leistung	534
14.4 Ort des innrcrgcmcinschaftlichcn Erwerbs	536
2. Unentgeltliche Wertabgaben aus dem Unternehmen	537
2.1 Wertabgaben und Vorsteuerabzug	537
2.2 Unentgeltliche Wertabgaben von Liefergegenständen	540
2.2.1 Gegenstandsentnahme	540
2.2.2 Unentgeltliche Sachzuwendungen an Arbeitnehmer	542
2.2.3 Unentgeltliche Sachzuwendungen aus unternehmerischem Anlaß	544
2.3 Unentgeltliche Wertabgaben durch Leistungsentnahme und unentgeltliche sonstige Leistungen	545
2.4 Ort der unentgeltlichen Wertabgaben	546
3. Einfuhr (§ 1 I Nr. 4 UStG)	546
4. innergemeinschaftlicher Erwerb (§ 1 I Nr. 5 UStG)	547
5. Nichtsteuerbarkeit der Geschäftsveräußerung	547
C. Steuerbefreiungen	549
1. Objektive Steuerbefreiungen (Inlandssachvrhalte)	549
1.1 Begünstigter der Befreiungen	549
1.2 Grundstücksüberlassungen	550
1.3 Heilberufhc, soziale und kulturelle Leistungen	552
1.4 Umsätze des Geld-und Kreditverkehrs	553
1.5 Befreiungen wegen Konkurrenz zu besonderen Verkehrsteuern	554
1.6 Ausschluß des Vorsteuerabzuges und Option	554
1.7 Befreiung nach § 4 Nr. 28 UStG	554
2. Steuerbefreiungen (Auslandsberührung)	555
2.1 Ausfuhrumsätze	555
2.2 Innergemeinschaftlich befreite Umsätze	556
2.3 Befreiung der Einfuhr, vorgelagerter inländischer Leistungen und des Erwerbs	556

D. Sonderregelungen für den grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungsverkehr im Binnenmarkt	557
1. Grundlagen und Grundfragen	558
1.1 Bestimmungslandprinzip versus Ursprungslandprinzip.	558
1.2 Wettbewerbsneutralität, Grundfreiheiten und Prinzipien der Ausgestaltung der Umsatzsteuer im Binnenmarkt	561
1.3 Grundzüge der gegenwärtigen Regelung nach der Binnenmarktrichtlinie.	562
2. Kommerzieller innergemeinschaftlicher Handel	563
2.1 Befreiung der innergemeinschaftlichen Lieferung	563
2.2 Besteuerung des innergemeinschaftlichen Erwerbs.	564
2.3 Innergemeinschaftliche Reihen- und Dreiecksgeschäfte.	566
2.4 Sonstige Leistungen im Binnenmarkt.	568
3. Nichtkommerzieller innergemeinschaftlicher Handel.	569
3.1 Verschönerungen an Nichtunternehmer.	569
3.2 Abhollieferungen.	570
3.3 Lieferung und Erwerb neuer Fahrzeuge.	570
4. Das innergemeinschaftliche Kontrollverfahren.	571
5. Zukünftige Weiterentwicklung	571
E. Steuersubjekte und Steuerschuldner.	573
1. Unternehmer als Steuersubjekte.	573
1.1 Nachhaltige Tätigkeit zur Erzielung von Einnahmen.	575
1.2 Selbständige Tätigkeit	577
1.3 Unternehmensinhalt; keine Unternehmereinheit	578
2. Ausnahmen: NichtUnternehmer als Steuersubjekte und Steuerschuldner.	578
F. Bemessungsgrundlage (§ 10 UStG) und Steuersatz (§ 12 UStG)	579
1. Entgelt beim Leistungsaustausch.	579
2. Tauschgeschäfte	580
3. Unentgeltliche Wertabgaben.	580
4. Mindestbemessungsgrundlage.	582
5. Erwerb und Einfuhr.	582
6. Umsatzsteuer und Bemessungsgrundlage.	582
7. Änderung der Bemessungsgrundlage.	583
8. Differenz(Margen)besteuerung	583
9. Steuersätze.	584
G. Vorsteuerabzug	585
1. Grundsatz des Vorsteuerabzugs.	585
1.1 Vorsteuerabzug für Unternehmer.	585
1.2 Leistung von einem anderen Unternehmer.	586
1.3 Leistung/Einfuhr für das Unternehmen.	587
1.4 Rechnung und Rechnungserfordernisse, namentlich offener Steuerausweis	590
1.5 Vorsteuerabzug aus der Mindestbemessungsgrundlage	592

	Seite
1.6 Bekämpfung miiibräuchlichen Vorsteucrabzugs, Umsatzbetrugs und von Um-	
satzsteuerausfällen	593
2. Ausschluß des Vorsteucrabzugs für Unternehmer	596
2.1 Vorstcuerausschluß für Repräsentationsaufwendungen und Reisekosten.	596
2.2 Ausschluß des Vorstcuerabzugs bei steuerfreien Umsätzen	598
2.3 Zuordnung der Vorstcuern zu Ausgangsumsätzen.	599
3. Berichtigung des Vorstcuerabzugs (§ 15a UStG).	603
4. Vorsteuerabzug bei Verzicht auf die Steuerbefreiung	606
H. Zum Verfahren	607
J. Sonderregelungen	609
1. Kleinunternehmer (§ 19 UStG).	609
2. Besteuerung der Land- und Forstwirte	609
 § 15 Spezielle Verkehrsteuern 	
A. Grunderwerbsteuer	610
1. Steuerobjekt	613
1.1 Eigentumswcchsel an inländischem Grundstück (§ 1 I GrEStG).	614
1.1.1 Eigentumserwerb und schuldrechtlicher Vertrag	614
1.1.2 Kaufverträge und andere schuldrechtliche Verträge (§ 11 Nr. 1 GrEStG)	614
1.1.3 Die Auflassung (§ 1 I Nr. 2 GrEStG).	616
1.1.4 Der Eigentumserwerb (§ 1 I Nr. 3 GrEStG).	617
1.1.5 Das Meistgebot (§ 1 I Nr. 4 GrEStG).	618
1.1.6 Abtretung von Ubcrechnungsansprüchen und Rechten aus Kaufangeboten	618
1.2 Übergang der Verwertungsbefugnis.	619
1.3 Änderung im Gcsllschafterbcstand einer Pcrsonengescllschaft (§ 1 Ha GrEStG)	620
1.4 Antilsvermning	622
1.5 Grundstück	624
2. Befreiungen	624
3. Steuersubjekte	625
4. Bemcssungsgrundlage und Steuersatz	627
4.1 Bcmessungsgrundlage	627
4.2 Steuersatz und Steuerschuld	629
B. Versicherungsteuer.	630
C. Feuerschutzsteuer.	63[
D. Rennwett- und Lotteriesteuer.	632
E. Kraftfahrzeugs	633
teuer.....	633

§ 16 Spezielle Verbrauch- und Aufwandsteuern

1. Überblick	638
2. Steueroobjekt	639
3. Verbrauchsteuerschuldner	641
4. Steuerbemessungsgrundlage	641
5. Verfahren	641

Viertes Kapitel: Bilanz- und Unternehmenssteuerrecht

§ 17 Steuerrechtliche Gewinnermittlung (Bilanzsteuerrecht)

A. Überblick über das System betrieblicher Gewinnermittlung	642
I. Gewinnermittlungsarten.	642
II. Subjektiver Anwendungsbereich der Gewinnermittlungsarten.	642
B. Betriebsvermögensvergleich nach §§ 4 I; 5 I EStG.	644
I. Gewinn i. S. d. § 4 I 1 EStG.	644
II. Bestandteile des Betriebsvermögensvergleichs.	645
1. Bilanz	645
2. Gewinn- und Verlustrechnung	646
3. Technik der Bilanzierung und doppelten Buchführung	646
4. Bilanzberichtigung und Bilanzänderung	649
III. Maßgeblichkeit der handelsrechtlichen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (§511 EStG).	650
1. Prinzipielle Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz	650
1.1 Inhalt des Maßgeblichkeitsprinzips	650
1.2 Rechtfertigung des Maßgeblichkeitsprinzips	651
1.3 Zukunft des Maßgeblichkeitsprinzips vor dem Hintergrund der Internationalisierung der Rechnungslegung	652
2. Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und Bilanzierung	656
2.1 Rechtsnatur	656
2.2 Formelle Grundsätze	657
2.3 Materielle Grundsätze	657
2.3-1 Prinzip der Wahrheit und Vollständigkeit	657
2.3-2 Prinzip der Bilanzidentität und Bilanzkontinuität	658
2.3-3 Vorsichtsprinzip	658
2.3-4 True and Fair View	659
2.3-5 Nominalwertprinzip	660
2.3-6 Stichtagsprinzip	660
3. Grenzen der Maßgeblichkeit handelsrechtlicher Bilanzierungsregeln für das Steuerrecht	661
3.i Vorrang steuerrechtlicher Ansatz- und Bewertungsvorschriften (§§ 4 I 5; 5 VI EStG).	661

	Seite
3,2 Handelsrechtliche Wahlrechte	.662
4. Lfmkehrung der Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz (§ 512 EStG).	.663
IV. Ansatz von Wirtschaftsgütern des Betriebsvermögens und sonstigen Bilanzposten (Bilanzierung dem Grunde nach).	.664
1. Der steuerrechtliche Begriff des Wirtschaftsguts.	.664
11 Vermögen sgegenstand - Wirtschaftsgut.	.664
12 Besonderheiten einzelner Wirtschaftsgüter.	.666
12.1 Immaterielle Wirtschaftsgüter.	.666
12.2 Grundstücke und Gebäude.	.667
13 Subjektive Zurechnung von Wirtschaftsgütern.	.668
2. Passivierung von Verbindlichkeiten und Rückstellungen.	.669
2.1 Voraussetzungen der Passivierung.	.669
2.2 Verbindlichkeiten.	.670
2.3 Rückstellungen.	.670
3. Rechnungsabgrenzungsposten.	.673
4. Zugehörigkeit zum Betriebsvermögen.	.674
V. Bewertung von Wirtschaftsgütern und sonstigen Bilanzposten (Bilanzierung der Höhe nach).	.676
1. Wertbegriffe des § 6 EStG.	.677
1.1 Anschaffungskosten (§ 61 Nr. 1 S. 1, Nr. 2 S. 1 EStG).	.677
1.2 Herstellungskosten (§ 61 Nr. 1 S. 1, Nr. 1a, Nr. 2 S. 1 EStG).	.678
1.3 Teilwert (§ 61 Nr. 1 S. 2 u. 3, Nr. 2 S. 2, Nrn. 4, 5, 7 EStG).	.680
1.4 Gemeiner Wert (§ 6 IV, VI 1 EStG).	.681
1.5 Buchwert (§ 6 III 1, V 1 EStG).	.681
2. Bewertung einzelner Wirtschaftsgüter.	.681
3. Abschreibungen und Zuschreibungen.	.684
3.1 Absetzung für Abnutzung (AfA) und Substanz Verringerung (AfS).	.684
3.2 Teilwertabschreibungen und Wertaufholungen.	.687
3.3 Bewertungsfreiheiten.	.688
3.4 Subjektive Abschreibungsbercchtigung.	.688
VI. Entnahmen und Einlagen	.689
1. Entnahme- und Einlagefähigkeit von Wirtschaftsgütern, Nutzungen und Leistungen.	.689
2. Bewertung von Entnahmen und Einlagen.	.690
VII. Gewinn- und Verlustrealisierung	.691
1. Prinzipien der Gewinn- und Verlustrealisierung.	.692
2. Gewinnrealisierung bei entgeltlicher Leistung.	.693
3. Entstehung stiller Reserven.	.695
4. Aufschub der Besteuerung stiller Reserven.	.695
5. Übergang stiller Reserven auf andere Stcuerrechtssubjekte.	.697
6. Besteuerung stiller Reserven ohne Rcalisauonsakt als ultima ratio.	.700
6.1 Keine allgemeine Entstrickungskiausel.	.700
6.2 Entnahme i. S. d. § 4 I 2 EStG als Ersatzrcalisierungstatbe.stand.	.701
6.3 Betriebsaufgabe als Totalentnahmc (§§ 14; 14a III; 16 III; 18 III EStG).	.702

C. Besonderheiten der bilanziellen Gewinnermittlung bei Kapitalgesellschaften	703
1. Gewinnermittlung nach § 5 I EStG.	703
2. Formale Besonderheiten	704
3. Besondere Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften.	705
D. Vereinfachte Gewinnermittlung durch betriebliche Überschußrechnung nach § 4 III EStG.	705
1. Persönlicher Anwendungsbereich.	706
2. Prinzipien der Gewinnermittlung nach § 4 III EStG.	706
3. Betriebseinnahmen und -ausgaben in der Kassenrechnung	707
4. Zeitliche Erfassung von Betriebseinnahmen und Betriebsausgaben nach dem Zu- und Abflußprinzip (§11 EStG).	708
5. Abweichungen vom Zu- und Abflußprinzip.	709
6. Aufzeichnungspflichten.	710
7. Wechsel der Gewinnermittlungsart	710

§ 18 Unternehmenssteuerrecht

A. Dualismus der Unternehmensbesteuerung	711
B. Besteuerung von Mitunternehmerschaften	711
I. Besteuerung der laufenden Einkünfte von Mitunternehmern durch die Einkommensteuer (§§ 15 I 1 Nr. 2, III; 15a; 13 VII; 18 IV 2 EStG).	711
1. Besteuerung der Mitunternehmerschaft nach dem Transparenzprinzip.	712
2. Zweistufigkeit der Einkünfte von Mitunternehmern.	713
3. Mitunternehmerschaft als Unterfall der Personengesellschaft	714
4. Qualifikation und Zurechnung der Einkünfte von Mitunternehmern.	714
4.1 Der Begriff des Mitunternehmers.	714
4.1.1 Funktion des Mitunternehmerbegriffs.	715
4.1.2 Zivilrechtliche Gesellschaftsstellung	715
4.1.3 Mitunternehmerinitiative und Mitunternehmerisiko.	716
4.2 Zweistufige Qualifikation der Einkünfte von Mitunternehmern.	717
4.2.1 Steuerbarkeit der Einkünfte	717
4.2.2 Qualifikation der Einkunftsart	717
4.3 Zurechnung der Einkünfte von Mitunternehmern.	718
5. Arten der Mitunternehmerschaft.	719
6. Ermittlung der Einkünfte von Mitunternehmern.	725
6.1 Zweistufige Ermittlung der Einkünfte von Mitunternehmern.	725
6.2 Buchführungspflichten.	729
6.3 Einzelheiten zur ersten Stufe der Einkünfteermittlung.	730
6.4 Einzelheiten zur zweiten Stufe der Einkünfteermittlung.	731
II. Besteuerung von Sondervorgängen durch die Einkommensteuer.	736
1. Sonderregeln für die Behandlung stiller Reserven.	736

	Seite
2. Gründung	.736
2.1 Sachcinlage	.736
2.2 Einbringung eines Betriebs, Teilbetriebs oder Mitunternehmeranteils (§ 24 UmwStG).	.737
2.3 Beitritt eines neuen Gesellschafters in eine bestehende Personengesellschaft; Aufnahme in ein Einzelunternehmen	.737
3. Übertragung von Einzelwirtschaftsgütern	.737
4. Übertragung von Anteilen an einer Mitunternehmerschaft	.739
4.1 Veräußerung	.739
4.2 Unentgeltliche Übertragung	.740
4.3 Erbfall und vorweggenommene Erbfolge	.740
5. Auflösung	.740
5.1 Aufgabe des Gewerbebetriebs der Mitunternehmerschaft und Liquidation	.740
5.2 Realteilung	.741
 C. Grundsätzliche Unterschiede in der Besteuerung von Personen- unternehmen und Kapitalgesellschaften	 .742
I. Unterschiede in der laufenden Besteuerung von Personenunternehmen und Kapitalgesellschaften.	 .743
1. Besteuerungsunterschiede bei einzelnen Steuerarten	.743
1.1 Einkommen-/Kirchen-/Körperschaftsteuer.	.743
1.2 Gewerbesteuer.	.746
2. Zusammenfassende Darstellung der Besteuerungsunterschiede.	.747
2.1 Notwendigkeit.	.747
2.2 Ermittlung der Gesamtbelastung mit Hilfe der Teilersteuerrechnung	.748
II. Unterschiede in der Besteuerung von Sondervorgängen	.752
1. Gründung	.752
1.1 Grunderwerbsteuer.	.752
1.2 Einkommen-/Kirchen-/Körperschaftsteuer.	.753
1.3 Gewerbesteuer.	.753
2. Anteilsveräußerung	.753
2.1 Grunderwerbsteuer.	.753
2.2 Einkommen-/Kirchen-/Körperschaftsteuer.	.754
2.3 Gewerbesteuer.	.756
3. Erbfall und Schenkung	.757
3.1 Einkommen-/Kirchen-/Körperschaftsteuer.	.757
3.2 Gewerbesteuer.	.757
3.3 Erbschaft- und Schenkungsteuer.	.757
4. Liquidation	.758
4.1 Einkommen-/Kirchen-/Körperschaftsteuer.	.758
4.2 Gewerbesteuer.	.759
 D. Besteuerung zusammengesetzter Unternehmensformen	 .759
I. GmbH & Co. KG.	.759
1. Einkommen-/Kirchen-/Körperschaftsteuer.	.760
2. Gewerbesteuer.	.761

	Seite
II. Betriebsaufspaltung	762
1. Linkomnien-/Kirchen-/Körperschaftsteuer.	762
2. Gewerbesteuer.	765
III. GmbH (AG) & Stille Gesellschaft	765
1. Grunderwerbsteuer.	766
2. Einkommen-/Körperschaftsteuer.	766
2.1 Atypisch stille Gesellschaft	766
2.2 Typisch stille Gesellschaft.	767
3. Gewerbesteuer.	768
E. Organschaft	769
1. Einführung	769
2. Körperschaftsteuerliche Organschaft.	770
2.1 Voraussetzungen.	770
2.1.1 Organgesellschaft.	770
2.1.2 Organträger.	771
2.1.3 Finanzielle Eingliederung	771
2.1.4 Gewinnabführungsvertrag	772
2.2 Rechtsfolgen.	772
2.2.1 Grundsätze.	772
2.2.2 Besonderheiten.	773
2.2.2.1 Verlustausgleichsverbot nach § 14 I Nr. 5 KStG.	773
2.2.2.2 Vorvertragliche Rücklagen und Verluste.	773
2.2.2.3 Bruttomethode nach § 151 Nr. 2 KStG.	773
2.2.2.4 Ausgleichszahlungen nach § 304 AktG.	773
2.2.2.5 Mehr- und Minderabführungen nach § 14 III KStG.	773
2.2.2.6 Ausgleichsposten.	774
3. Gewerbesteuerliche Organschaft.	774
3.1 Voraussetzungen	774
3.2 Rechtsfolgen.	774
3.2.1 Grundsätze	774
3.2.2 Gesonderte Ermittlung und Zusammenrechnung bereinigter Gewerbeerträge	775
4. Fortentwicklung	776
F. Umwandlung von Unternehmen	717
I. Gesellschaftsrechtliche Grundlagen	777
II. Steuerrechtliche Folgen	779
1. Vermögensübergang auf eine Personengesellschaft oder eine natürliche Person (SS 3-10 UmwStG).	780
1.1 Einkommen-/Körperschaftsteuer.	780
1.2 Gewerbesteuer.	782
1.3 Grunderwerbsteuer.	782
2. Vermögensübertragung auf eine andere Körperschaft.	782
2.1 Einkommen-/Körperschaftsteuer.	782
2.2 Gewerbesteuer.	783
2.3 Grunderwerbsteuer.	783

	Seite
3. Einbringung eines Betriebs, Teilbetriebs oder Mitunternehmeranteils in eine Kapitalgesellschaft gegen Gewährung von Gesellschaftsanteilen (§§ 20-23; 25 UmwStG)	783
3.1 Einkommen-/Körperschaftsteuer	783
3.2 Gewerbesteuer	784
3.3 Grunderwerbsteuer	784
4. Einbringung eines Betriebs, Teilbetriebs oder Mitunternehmeranteils in eine Personengesellschaft (§ 24 UmwStG)	784
4.1 Einkommen-/Körperschaftsteuer	784
4.2 Gewerbesteuer	785
4.3 Grunderwerbsteuer	785
5. Weitere Entwicklung	785
 G. Internationales und Europäisches Unternehmenssteuerrecht	 786
I. Grundzüge der Besteuerung grenzüberschreitender Unternehmenstätigkeit	786
1. Rechtsformabhängige Zuweisung von Besteuerungsrechten im Internationalen Steuerrecht	786
2. Auslandsinvestitionen von Steuermländern (Outbound-Sachverhalte)	787
3. Inlandsinvestitionen von Steuerausländern (Inbound-Sachverhalte)	788
II. Der Einfluß des Europarechts auf die Besteuerung von Unternehmen	788
1. Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung	789
2. Überprüfung des nationalen Unternehmenssteuerrechts am Maßstab der Grundfreiheiten durch den EuGH	791
 H. Rechtsformneutralität der Unternehmensbesteuerung	 793
1. Ursachen für fehlende Rechtsformneutralität	793
2. Verfassungs- und europarechtliche Dimension des Gebots der Rechtsformneutralität	794
3. Methoden zur Erreichung von Rechtsformneutralität	795

Fünftes Kapitel: Steuervergünstigungen

§ 19 Wirtschaftslenkende Steuervergünstigungen

1. Wirtschaftslenkende Steuervergünstigungen und Direktsubventionen	799
2. Gesetze und Förderungszwecke wirtschaftslenkender Steuervergünstigungen und Direktsubventionen	800
3. Techniken wirtschaftslenkender Begünstigung	801
3.1 Entlastung durch wirtschaftslenkende Steuervergünstigungen	801
3.1.1 Arten der Steuervergünstigung	801
3.1.2 Wirkung und Eignung der Steuervergünstigungen	802
3.2 Begünstigung durch Zulagen und Prämien	803
4. Einzelne wirtschaftslenkende Maßnahmen	804
4.1 Eigenheimförderung durch die Eigenheimzulage und den Vorkostenabzug nach § 10a EStG	804

	Seite
4.2 Förderung der neuen Länder und Berlins	806
4.3 Sonder- und Ansparsabschreibung für kleine und mittlere Betriebe nach § 7g EStG	806
5. Rechtfertigung wirtschaftslenkender Normen	807
5.1 Allgemeine Rechtfertigung	807
5.2 Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	808
5.3 Vereinbarkeit mit Europarecht und Internationalen Abkommen	810
6. Abbau von Steuervergünstigungen	811

§ 20 Gemeinnützigkeits- und Spendenrecht

A. Gemeinnützigkeitsrecht	813
1. Gemeinnützigkeit als Forderung der Allgemeinheit	813
2. Wirtschaftliche Betätigung gemeinnütziger Körperschaften	814
3. Binnenorientierung des Gemeinnützigkeitsrechts und Europarecht	816
B. Spendenrecht	816
1. Spenden für gemeinnützige Zwecke	816
2. Spenden an politische Parteien	818
3. Haftung und Vertrauensschutz bei Spendenbestätigung (§ 10b IV EStG; § 9 III KStG)	818

Sechstes Kapitel: Steuerverfahrensrecht

§ 21 Durchführung der Besteuerung

A. Prinzipien des Steuerverfahrens	819
I. Gesetzmäßigkeit und Gleichmäßigkeit der Besteuerung	819
1. Rechtsstaathcher Auftrag der Finanzbehörden	819
2. Verfahrensmaximen	820
2.1 Untersuchungsmaxime	820
2.2 Kooperationsmaxime	820
3. Optimierung unter den Bedingungen einer Massenverwaltung	820
II. Übermaßverbot als Schranke der Sachaufklärung	822
III. Recht auf Informationsteilhabe, Grundsatz rechtlichen Gehörs	823
IV. Vertrauensschutzprinzip; Grundsatz von Treu und Glauben	824
1. Rechtsstaatlichkeit des Vertrauensschutzes	824
2. Zusammenhang zwischen Vertrauensschutz und allgemeinem Rechtsgrundsatz von Treu und Glauben	825
3. Zusage	826
4. Tatsächliche Verständigung	829
5. Verwirkung	832

	Seite
B. Organisation und Zuständigkeit der Finanzbehörden	833
I. Die Hierarchie der Finanzbehörden	833
1. Der zweigleisige dreistufige Verwaltungsaufbau	833
2. Weisungsrechte	834
II. Die Zuständigkeit der Finanzbehörden	836
1. Sachliche Zuständigkeit	836
2. Örtliche Zuständigkeit	837
C. Der Steuerverwaltungsakt	837
I. Bedeutung des Verwaltungsakts für das Besteuerungsverfahren	838
II. Begriff und Typologie des Verwaltungsakts	838
1. Abgrenzung des Verwaltungsakts von anderen Handlungsformen	838
2. Typologie der Verwaltungsakte	840
III. Entstehung des Steuerverwaltungsakts	841
1. Entstehungsphasen eines Steuerverwaltungsakts	841
2. Wirksamwerden des Steuerverwaltungsakts	841
2.1 Geltung der Erklärungstheorie	841
2.2 Bekanntgabe des Steuerverwaltungsakts	842
2.2.1 Zeitpunkt der Bekanntgabe	842
2.2.2 Inhalts- und Bekanntgabeadressat	843
2.3 Fehler bei der Bekanntgabe des Steuerverwaltungsakts	844
2.3.1 Fehlender Bekanntgabewille	844
2.3.2 Fehlerhafte Übermittlung	845
2.3.3 Bekanntgabefehler bei Personcnmehrheiten	845
2.3.4 Rechtsfolgen fehlerhafter Bekanntgabe	846
IV. Bestandskraft des Steuerverwaltungsakts	846
1. Formelle und materielle Bestandskraft	847
2. Grundlagen- und Folgebescheid	847
V. Anforderungen an die Ausgestaltung des Steuerverwaltungsakts	848
1. Inhaltliche Bestimmtheit	848
2. Form	848
3. Begründung	849
VI. Nebenbestimmungen	850
VII. Rechtswidrigkeit des Steuerverwaltungsakts	851
VIII. Spezielle Steuerverwaltungsakte	852
1. Steuerbescheid	852
2. Feststellungsbescheid	853
3. Steuermeßbescheid	856
4. Steuervergütungsbescheid	857
5. Erstattungs- bzw. Rückforderungsbescheid	857
6. Abrechnungsbescheid (§218 II AO)	858
7. Haftungs- und Duldungsbescheid	858

	Seite
15 Prüfungsablauf	888
16 Rechtliches Gehör, Schlußbesprechung	889
17 Verwertung der Prüfungsfeststellungen	890
18 Kontrollmitteilungen in der Außenprüfung	891
19 Besondere Arten von Außenprüfungen	891
2. Steuerfahndung	891
3. Stcueraufsicht in besonderen Fällen	893
V. Amtshilfe	894
1. Amtshilfe im engeren Sinn	894
2. Sog. Spontanhilfe, Kontra! Im ittcÜungen	895
3. Datenschutz	896
F. Festsetzungsverfahren	897
I. Arten der Steuerfestsetzung	897
1. Endgültige Steuerfestsetzung	897
2. Steuerfestsetzung unter dem Vorbehalt der Nachprüfung	897
3. Vorläufige Steuerfestsetzung, Aussetzung	899
4. Abweichende Festsetzung aus Billigkcksgründen	901
II. Festsetzungsverjährung	901
1. Wirkung der Festsetzungsverjährung	901
2. Festsetzungsfristen	901
3. Fristbeginn, Anlaufhcmnung	902
4. Fristablauf, Ablaufhemmung	903
III. Feststellungsverfahren	904
G. Erhebungsverfahren	904
I. Verwaltungsakte mit Titelfunktion (§ 218 I AO) als Grundlage für die Verwirklichung von Ansprüchen aus dem Steuerschuldverhältnis	904
II. Fälligkeit	904
1. Grundsätze	904
2. Hinausschieben der Fälligkeit	905
2.1 Stundung (<§ 222 AO).	905
2.2 Zahlungsaufschub (§ 223 AO).	906
III. Erlöschen fälliger Ansprüche	907
1. Zahlung (§§ 224, 225 AO).	907
2. Aufrechnung (§ 226 AO).	907
3. Billigkeitserlaß; Erstattung aus BilÜgkcitsgründen (§ 227 AO).	908
3.1 Grundgedanke des Erlasses.	909
3.2 Erlaß als Ermessensentscheidung	909
3.3 Billigkeitsgründe.	910
3.3.1 Sachliche Unbilligkeit	910
3.3.2 Persönliche Unbilligkeit	912
3.4 Billigkeitsmaßnahmen.	913

	Seite
4. Zahlungsverjährung	913
4.1 Verhältnis von Festschätzungs- und Zahlungsverjährung	913
4.2 Verjährungsfrist, Hemmung, Unterbrechung	913
IV. Verzinsung, Säumniszuschlag	914
1. Überblick über das Zinssystem	914
2. Die einzelnen Verzinsungstatbestände	915
2.1 Verzinsung von Steuernachforderungen und Steuererstattungen (§ 233a AO)	915
2.2 Stundungszinsen (§ 234 AO)	916
2.3 Illicitzinseszinsen (§235 AO)	916
2.4 Prozßzinsen auf Erstattungsbeträge und Stucurvergütungen (§ 236 AO)	916
2.5 Aussetzungszinsen (§ 237 AO)	917
2.6 Konkurrenz der Zinstatbestände	917
3. Zinsbescheid (§ 239 AO)	917
4. Säumniszuschlag (§ 240 AO)	917
H. Vollstreckungsverfahren	918
I. Besonderheit der Verwaltungsvollstreckung	918
II. Vollstreckung wegen Geldforderungen (§§ 259-327 AO)	919
III. Vollstreckung wegen anderer Leistungen als Geldforderungen (Zwangsmittel, §§ 328-336 AO)	921
J. Korrektur von Steuerverwaltungsakten	922
I. Zweigleisigkeit des Korrektursystems	922
II. Korrekturterminologie	924
III. Allgemeine Korrekturvorschriften	924
1. Berichtigung offenkundiger Unrichtigkeiten (§ 129 AO)	924
2. Sonstige allgemeine Korrekturvorschriften	925
IV. Spezielle Korrekturvorschriften für Steuerbescheide und diesen gleichgestellte Steuerverwaltungsakte	926
1. Grundtatbestand des § 172 AO	926
2. Korrektur wegen nachträglich bekanntwerdender Tatsachen oder Beweismittel (§173 AO)	927
2.1 Grundgedanke der Vorschrift	927
2.2 Die Tatbestandsmerkmale der Vorschrift	928
2.2.1 Tatsachen oder Beweismittel	928
2.2.2 Nachträgliches Bekanntwerden	929
2.2.3 Rechtserheblichkeit	930
2.2.4 Negativmerkmale: Ermittlungspflichtverletzung und grobes Verschulden	930
2.2.5 Negativmerkmal: Änderungssprache nach § 173 II AO	931
3. Korrektur wegen widerstreitender Steuerfestsetzung (§ 174 AO)	931
3.1 Mehrfachberücksichtigung eines Sachverhalts (§ 174 I, II AO)	932
3.2 Nichtberücksichtigung eines Sachverhalts (§ 174 III AO)	933
3.3 Folgekorrektur nach § 174 IV, V AO	933
4. Korrektur von Folgebescheiden (§ 175 T 1 Nr. 1 AO)	934

	Suite
5. Korrektur wegen rückwirkenden Ereignisses (§ 175 I 1 Nr. 2 AO)	935
6. Unselbständige Korrektur von materiellen Fehlern (§ 177 AO).	937
7. Vertrauensschutz nach § 176 AO.	938
V. Korrekturvorschriften für andere Stcuerverwaltungsakte	939
1. Überblick über die Regeln der §§130, 131 AO.	939
2. Rücknahme eines rechtswidrigen Steuerverwaltungsakts (§ 130 AO).	940
2.1 Rücknahme eines belastenden Steuerverwaltungsakts (§ 130 I AO).	940
2.2 Rücknahme eines begünstigenden Steuerverwaltungsakts (§ 130 II AO).	940
3. Widerruf eines rechtmäßigen Stcuerverwaltungsakts (§ 131 AO).	941
3.1 Widerruf eines belastenden Stcuerverwaltungsakts (§ 131 I AO).	942
3.2 Widerruf eines begünstigenden Steuerverwaltungsakts (§ 131 II AO).	942
 § 22 Rechtsschutz in Steuersachen 	
A. Überblick über das Rechtsschutzsystem	943
1. Der Justizgewährleistungsanspruch des Art. 19 IV GG.	943
II. Die verschiedenen Rechtswege.	944
B. Außergerichtliches Rechtsbehelfsverfahren	945
I. Zweck und Rechtsnatur des Rechtsbehelfsverfahrens.	945
II. Durchführung des Rechtsbehelfs Verfahrens.	946
1. Zulässigkeits Voraussetzungen.	946
2. Eingeschränkter Suspensiveffekt des Einspruchs.	948
2.1 Grundsatz des § 361 Abs. 1 AO.	948
2.2 Aussetzung der Vollziehung.	948
3. Hinzuziehung zum Verfahren (§360 AO).	949
4. Die Ausgestaltung des Einspruchs Verfahrens.....	949
4.1 Charakter eines verlängerten Verwaltungsverfahrens.	949
4.2 Rechtliches Gehör, Erörterung des Sach- und Rechtsstandes (§ 364a AO)	950
4.3 Präklusion verspäteten Tatsachenvortrags (§ 364b AO).	951
4.4 Aussetzung und Ruhen des Verfahrens (§ 363 AO).	953
III. Abschluß des Rechtsbehelfsverfahrens.	953
C. Gerichtliches Rechtsbehelfsverfahren	955
I. Die Gerichtsverfassung der Finanzgerichtsbarkeit	955
1. Zweistufiger Gerichts Aufbau	955
2. Die Senatsverfassung	955
3. Der sog. fakultative Einzelrichter (§ 6 FGO).	956
II. Das Klagesystem der FGO.	960
1. Überblick über das Klagesystem.	960
2. Die Klagearten im einzelnen	960
2.1 Anfechtungsklage (§40 I Alt. 1 FGO).	960
2.2 Verpflichtungsklage (§40 I Alt. 2 FGO).	961

	Seite
2.3 Sonstige (allgemeine) Leistungsklage (§ 40 I Alt. 3 FGO).	961
2.4 Feststellungsklage (§ 41 FGO).	962
III. Zulässigkeit der Klage	962
1. Zulässigkeit des Finanzrechtsweges.	963
2. Zuständigkeit des Gerichts.	964
3. Statthafte Klageart.	965
4. Erfolgloses Vorverfahren (§ 44 I FGO).	965
4.1 Grundsatz des obligatorischen Vorverfahrens.	965
4.2 Ausnahmen vom Vorverfahren.	965
4.2.1 Sog. „Untätigkeitsklage“ (§ 46 FGO).	965
4.2.2 Sprungklage (§ 45 FGO).	966
5. Klagebefugnis (§ 40 II FGO).	967
5.1 Anwendungsbereich und Funktion der Klagebefugnis.	967
5.2 Rechtsverletzung.	967
5.3 Subjektive Betroffenheit des Klägers.	969
5.4 Vortrag zur Klagebefugnis („Geltendmachung“).	970
5.5 Klagebefugnis bei Feststellungsbescheiden (§ 48 FGO).	971
6. Beteiligten-, Prozeß-, Postulationsfähigkeit.	972
7. Wahrung der Klagefrist (§ 47 FGO).	973
8. Richtiger Beklagter (sog. Passivlegitimation), § 63 FGO.	973
9. Ordnungsmäßigkeit der Klageerhebung (§§ 64, 65 FGO).	974
10. Rechtsschutzbedürfnis.	975
11. Negative Sachurteilsvoraussetzungen.	976
IV. Übersicht über die gerichtlichen Rechtsbehelfe	976
V. Das Klageverfahren	977
1. Verfahrensgrundsätze.	977
1.1 Untersuchungsgrundsatz.	977
1.2 Offizial- und Dispositionsmaxime.	978
1.3 Grundsatz der Mündlichkeit und Öffentlichkeit.	979
1.4 Grundsatz rechtlichen Gehörs (Art. 103 I GG).	979
2. Beiladung (§§ 60, 60a FGO).	980
3. Sachaufklärung und Entscheidungsfindung durch das Gericht.	980
3.1 Überblick über die Stationen der Sachaufklärung.	980
3.2 Vorbereitende Sachaufklärung.	981
3.3 Beweiserhebung.	983
3.4 Beweiswürdigung.	984
3.5 Aussetzung des Verfahrens (§ 74 FGO).	985
4. Klageänderung (§§ 67, 68 FGO).	986
5. Entscheidung des Gerichts.	986
5.1 Entscheidungsinhalt.	986
5.2 Entscheidungsformen.	988
6. Klagerücknahme/Erledigung der Hauptsache.	988
VI. Vorläufiger Rechtsschutz	989
1. Zweigleisigkeit des vorläufigen Rechtsschutzes.	989
2. Aussetzung der Vollziehung.	990
3. Einstweilige Anordnung (§ 114 FGO).	993

	Seite
VII. Rechtsmittel	994
1. Überblick über das Rechtsmittelsystem.	994
2. Revision.	995
2.1 Zweck der Revision.	995
2.2 Statthaftigkeit der Revision (§ 115 1,11 FGO n. F.).	996
2.3 Revisionszulassungsgründe (§ 115 II FGO).	996
2.4 Grundsatz der Vollrevision.	998
2.5 Revisionsgründe (§118 FGO).	998
2.6 Revisionsverfahren.	999
2.7 Entscheidung des Bundesfinanzhofes.	999
3. Nichtzulassungsbeschwerde (§ 116 FGO).	1001
4. Beschwerde (§ 128 FGO).	1001
VIII. Anhörungsrüge (§ 133a FGO), a. o. Beschwerde	1002
IX. Kosten des Gerichtsverfahrens	1003
X. Rechtskraft (§110 FGO)	1004
 D. Verfassungsrechtlicher Rechtsschutz	1005
I. Verfassungsbeschwerde (Art. 93 I Nr. 4a GG).	1005
II. Konkrete Normenkontrolle (Art. 100 I GG).	1008
III. Entscheidung des BVerfG	1010
 E. Europarechtlicher Rechtsschutz	1012
 Siebentes Kapitel: Steuerstraft- und Steuerordnungswidrigkeitenrecht	
§ 23 Materielles Steuerstraft- und -ordnungswidrigkeitenrecht	
A. Überblick über das System des Steuerstraft- und -ordnungswidrigkeitenrechts.	1016
1. Rechtfertigung eines Steuerstraft- und -Ordnungswidrigkeitenrechts.	1016
II. Unterscheidung zwischen Steuerverfehlungen und allgemeinen Straftaten und Ordnungswidrigkeiten.	1018
III. Unterscheidung zwischen Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten .	1019
 B. Die einzelnen Steuerstraftaten.	1020
1. Steuerhinterziehung (§ 370 AO).	1020
I. Geschütztes Rechtsgut und Deliktscharakter.	1021
2. Objektiver Tatbestand.	1021
2.1 Tathandlung	1021
2.2 Taterfolg	1024
2.2.1 Steuerverkürzung.	1024

	Seite
2.2.2 Erlangung eines nicht gerechtfertigten Steuervorteils.	1025
2.2.3 Kompensationsverbot (§370 IV 3 AO).	1026
2.3 Kausalität zwischen Tathandlung und Taterfolg	1027
2.4 Verkürzung von EG- oder EFTA-Eingangsabgaben.	1028
3. Subjektiver Tatbestand, Irrtum	1028
4. Zeitliche Stadien der Tat	1029
5. Selbstanzeige (§ 371 AO).	1030
5.1 Rechtsnatur und Zweck der Selbstanzeige.	1031
5.2 Positive Strafbefreiungsvoraussetzungen (§ 371 1, III AO).	1031
5.3 Negative Strafbefreiungsvoraussetzungen (§ 371 II AO).	1032
6. Befristete Steuerramnestie nach StraBEG.	1033
7. Konkurrenzen.	1034
8. Strafzumessung	1035
II. Gewerbs-/bandenmäßige Steuerhinterziehung (§ 370a AO).	1037
III. Gewerbs-/bandenmäßige Schädigung des Umsatzsteueraufkommens (§ 26c UStG)	1039
IV. Steuerhellerie (§ 374 AO).	1039
 C. Die einzelnen Steuerordnungswidrigkeiten	 1040
I. Leichtfertige Steuerverkürzung (§378 AO).	1040
II. Schädigung des Umsatzsteueraufkommens (§ 26b UStG).	1042
III. Steuergefährdungen (§§ 379-382 AO).	1042
1. Einführung	1042
2. Allgemeine Steuergefährdung (§ 379 AO).	1042
3. Gefährdung von Abzugsteuern (§ 380 AO).	1043
4. Gefährdung von Verbrauchsteuern (§ 381 AO).	1044
5. Gefährdung von Ein- und Ausfuhrabgaben (§382 AO).	1044
IV. Unzulässiger Erwerb von Steuererstattungs- und Vergütungsansprüchen (§ 383 AO).	 1044
V. Zweckwidrige Verwendung des Identifikationsmerkmals des § 139a AO (§383aAO).	 1045

§ 24 Steuerstraf- und Steuerordnungswidrigkeitsverfahren

A. Steuerstrafverfahren.	1046
I. Einführung	1046
II. Ermittlungsverfahren	1046
1. Zuständigkeit zur Strafverfolgung	1046
2. Einleitung des Ermittlungsverfahrens.	1048
3. Befugnisse der Strafverfolgungsbehörden.	1050
4. Rechtsstellung des Beschuldigten im Ermittlungsverfahren.	1052
5. Abschluß des Ermittlungsverfahrens.	1054

	Seite
III. Verfahren vor den Strafgerichten in Steuersachen.	.1056
1. Zuständiges Strafgericht	.1056
2. Öffentliche Klage vor den Strafgerichten	.1056
2.1 Straft.echlsverfahren (§§ 407 ff. StPO).	.1056
2.2 Öffentliche Klage nach §1701 StPO.	.1057
 B. Steuerordnungswidrigkeitenverfahren.	 .1058
I. Zuständigkeit	.1058
II. Ermittlungsverfahren.	.1058
1. Grundsätze des Ermittlungsverfahrens.	.1058
2. Abschluß des Ermittlungsverfahrens.	.1058
III. Rechtsbehelf des Betroffenen	.1059
 Stichwortverzeichnis	 .1060

